

In kirchlichen Räumen mit Pegida reden? Ein kritisch-differenzierter Diskussionsbeitrag zum Umgang mit Dialog- Begehren rechter Aktivisten

von Sonja Angelika Strube, Universität Osnabrück

Wo angesichts von Pegida und AfD tiefe Risse durch Gesellschaft oder Gemeinde gehen, stellt sich die Frage, ob Christ/innen und Kirchen unterstützend, deeskalierend und befriedend in die Situation eingreifen können. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass rechte Gruppierungen mit 'Dialog'-Ansinnen auf Christ/innen und Kirchen zugehen oder, wie kürzlich die AfD, ihre Mitglieder dazu aufrufen, sich in kirchliche Gremien wählen zu lassen. Gemeinden und Kirchenleitungen werden in zunehmendem Maße mit der Frage konfrontiert, ob und falls ja, wie sie sich mit Protagonisten der rechten Szene auf Gespräche einlassen. Der folgende Beitrag möchte zu einer Unterscheidung der Geister anregen - anhand eines konkreten Beispiels aus Sachsen.¹

In Sachsen werben einige Akteure in kirchlichen Räumen mit Leidenschaft für das Konzept der 'Thérapie Sociale' von Charles Rojzman - allerdings in einer sehr spezifischen Umsetzung durch eine Rojzman-Schülerin in Kooperation mit einem politisch positionierten ehemaligen 'Freie-Bürger'-Stadttrat, der offensiv für das Mitgehen bei Pegida-Spaziergängen und für die AfD wirbt. Die sogenannten 'Bürgerdialoge' finden als öffentliche, für jeden frei zugängliche Veranstaltungen ohne Teilnehmerbegrenzung in kirchlichen Gemeindesälen unter Teilnahme der Pfarrer einer evangelischen und einer katholischen Kirchengemeinde statt.

Die besonders zugespitzte Situation in Dresden

Seit Beginn der Pegida-Demonstrationen zeigt sich Dresdens Stadtgesellschaft tief gespalten in Pegida-Sympathisanten und -Gegner, und dies in einer Weise, die sich Menschen in anderen Regionen Deutschlands kaum vorstellen können. Dass sich manche Dresdener Gedanken darüber machen, wie eine solche Spaltung konstruktiv überwunden werden kann, und dass dabei verschiedene Formen öffentlicher Veranstaltungen in den Blick kommen, liegt nahe. Auch außerhalb Dresdens und in ganz anderen thematischen Zusammenhängen werden unterschiedliche Dialog-Konzepte, in der Regel angelegt als längerer Gesprächsprozess in festen überschaubaren Gruppen, erfolgreich auch bei Stadtteilkonflikten angewandt. In Dresden ist allerdings zu beobachten, dass das Anliegen mancher, niemanden vom Dialog auszuschließen, rechten Wortergreifern neue Foren erschließt.

Da es Regionen Deutschlands gibt, in denen der weitaus größte Teil der Bevölkerung jenseits aller anderen tagespolitischen Streitfragen die Pegida-Bewegung ganz klar ablehnt, stellt sich allerdings die Frage nach spezifischen Gründen der Dresdener Probleme. Neben der größeren materiell-sozialen Sicherheit im Westen Deutschlands dürften auch die regional unterschiedlich gut ausgeprägten politischen Gesprächskulturen eine Rolle spielen. Das bei Pegida-Sympathisanten bisweilen diagnostizierte Gefühl des Nicht-Gehört-Werdens wirft die Frage nach der bisherigen politischen Gesprächskultur in Sachsen auf. Der über lange Jahre verharmlosende Umgang sächsischer Spitzenpolitiker mit den Neonazi-Demonstrationen zum 13. Februar scheint zudem einer erheblichen Normalitätsverschiebung nach Rechts Vorschub geleistet zu haben.

¹ Mehr dazu: Sonja Strube, Wie, wo und mit wem reden? Wenn Rechtspopulismus in Kirchengemeinden ankommt, auf: <http://www.feinschwarz.net/wenn-rechtspopulismus-in-kirchengemeinden-ankommt/>.

Miteinander reden – wer mit wem und über was?

Wer einen Dialog initiieren will, muss zumindest ungefähre Vorstellungen davon haben, wer mit wem zu welchem strittigen Thema eigentlich ins Gespräch kommen müsste. Unstrittig sind die Pegida-Demonstrationen aufgrund ihres Zulaufs Auslöser für unterschiedliche Gesprächsbemühungen, die es in Dresden seit Dezember 2014 gab. In einer unübersichtlichen Gemengelage von ausgesprochenem und unausgesprochenem Frust, Politikverdrossenheit sowie hasserfüllter Aggression und eindeutig rechter politischer Agitation stellt es bereits eine Leistung dar, Gesprächspositionen und potenzielle Dialogpartner/innen überhaupt zu identifizieren. Wer beteiligt sich eigentlich mit welcher Motivation, mit welchen Anliegen und Zielen an Pegida-Märschen? Wer sympathisiert warum mit ihnen? Und welche Menschen oder Menschengruppen wären dann jeweils die richtigen Adressat/innen von Kritik bzw. Gesprächspartner/innen für einen Dialog? Sollten an einer 'Thérapie Social' in einer offenen Großgruppe von 80 Personen auch Politiker, die für Pegida-Spaziergänge und für die AfD werben, Pegida-Aktivisten wie René Jahn und Kathrin Oertel teilnehmen oder der Organisator des rechten Bündnisses 'Dresden-Strehlen wehrt sich gegen Politikversagen', Nicos Chawales, der nicht zuletzt am 4.4.16 in Leipzig als Versammlungsleiter und Redner der Pegida-Kundgebung aufgetreten ist?

Sinnvolle Dialogprozesse

Harald Lamprecht, dem Sekten- und Weltanschauungsbeauftragten der Evangelischen Landeskirche Sachsens, ist zuzustimmen, wenn er davor warnt, dass Menschen, die „nirgendwo Gehör finden“, in die Radikalisierung getrieben würden. Umgekehrt gilt, dass das Aussprechen von Ängsten, Frustration, Bedenken, Ressentiments in geschützten Gesprächsräumen entlastend wirkt und oft sogar die entsprechenden Gefühle dauerhaft entspannt. Gefühle ebenso wie Menschen wollen gehört und wahrgenommen werden, und oft weicht der Drang nach kompromisslosem Sich-Durchsetzen-Wollen in dem Moment, in dem ein Mensch sich in der Gruppe gehört und wertgeschätzt fühlt und er das Vertrauen gewinnt, dass er seine Position auch ohne harsche Worte konstruktiv in ein größeres Ganzes einbringen kann. Zentral ist allerdings, von einem für das eigene Anliegen tatsächlich relevanten Gegenüber gehört zu werden. Das werden im Falle von Dresden auch immer wieder Politiker, vor allem Landespolitiker, sein. Wichtig ist aber auch, dass beide Gesprächspartner die von der eigenen Meinung abweichende Position wirklich bedenken und an sich heran kommen lassen. Dies sicherzustellen ist bei offenen Gesprächsformaten mit großem Publikum nicht möglich.

Zum gegenseitigen Respekt vor der anderen Person, den Dialogmodelle von allen Beteiligten einfordern, gehört dann allerdings auch eine gewisse Streitbarkeit im Sinne radikaler Ehrlichkeit und der Mut, dem Gegenüber in der Sache zu widersprechen, wenn man anderer Ansicht ist – also etwa menschenfeindlichen Positionen und Vorurteilen entgegenzutreten. Wer entsprechenden Äußerungen seines Gegenübers in der Sache nicht widerspricht, nimmt ihn als mündige Person letztlich nicht ernst.

Auf diesen psychologischen Einsichten basieren verschiedene Dialogmodelle, die für offene und ehrliche Gespräche in geschützten Räumen votieren. Wenn es um eine Wiederannäherung zwischen verfeindeten Menschengruppen geht, wird der Dialog das langfristige Ziel haben, gegenseitiges Vertrauen wiederzugewinnen. Wenn es um Berührungspunkte mit Flüchtlingen geht, schaffen für Flüchtlinge engagierte Initiativen niederschwellige Begegnungs- und Gesprächsangebote. Wenn es darum geht, dass sich Bürger/innen von Politiker/innen nicht gehört fühlen, sind neue Formen von Bürgerforen gefragt, die auch mit kleinen Gesprächsgruppen arbeiten können. Aufgabe zuhörender

Politiker/innen wird dann allerdings nicht das unmittelbare Umsetzen dessen sein, was Bürger, die sich öffentlich äußern, wollen, auch nicht ein populistisches „dem-Volk-nach-dem-Mund-Reden“ mit Blick auf die nächste Wahl, sondern das langfristige Ermöglichen von sinnvollen demokratischen Diskussions- und Beteiligungsstrukturen für alle Bürger/innen (nicht nur für die sogenannten „Besorgten“).

Denn klar ist: Entfeindend-therapeutische Dialogprozesse können konkrete politische Diskussionen und Kontroversen nicht ersetzen und erst recht nicht die kritische Auseinandersetzung mit Personen und Parteien, die den Rahmen jeglichen bürgerschaftlichen Dialogs, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, torpedieren oder abschaffen wollen.

Differenzierung ist gefragt

Leider sind in der aktuellen Situation manche, die in Dresden Dialog einfordern, so sehr auf das Gegenüber von Pegida-Anhängern und Pegida-Gegnern bzw. Flüchtlingshelfern fixiert, dass sie die unterschiedlichen Personengruppen im Lager der Pegida-Sympathisanten nicht differenzieren. Ein anschauliches Beispiel lieferte der Journalist Michael Bartsch in einem Artikel für das Dresdener Stadtmagazin Sax,² in dem er sich sehr für das Bürgerdialog-Konzept der Rojzman-Schülerin und des ehemaligen Stadtrats einsetzt. Er spricht dort global vom „von Phobien geplagten Volksteil“ und verharmlost damit sprachlich gewaltvolle Verhaltensweisen, die er an anderer Stelle kritisiert: das Niederbrüllen sei es von Landtagsabgeordneten, sei es von Menschen dunkler Hautfarbe, das „Symbolisch-mit-Erschießung-drohen“, das Rechtfertigen von Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte als 'vom Grundgesetz gebotener Widerstand nach Art. 20.4 GG'.

Wer jedoch gewaltvoll agiert, ist nicht „besorgt“ oder „von Phobien geplagt“, sondern sein Verhalten ist besorgniserregend. Er bedroht andere und verbreitet wissentlich und willentlich Angst. Ebenso beleidigt eine solch undifferenzierte Redeweise Menschen, die echte Existenzängste haben und wirft sie mit verbalen oder gar tätlichen Gewalttättern ist einen Topf. Oder schlimmer: Sie instrumentalisiert die ehrlich dialogbereiten Besorgten für die Rechtfertigung eines unkritischen Umgangs mit Gewaltbefürwortern. Wer sich, wie von einem evangelischen Dresdener Pfarrer bedauert, als christliches Gemeindemitglied nicht traut, in der aufgeheizten Dresdener Stimmungslage öffentlich über seine „asylkritischen Empfindungen“ zu sprechen, hat möglicherweise einfach ein gutes Gespür dafür, dass er trotz mancher eigener Bedenken letztlich doch Distanz wahren und rechtsextremen Menschenhassern nicht das Wort reden will.

Notwendige Voraussetzungen für Dialog

Dialogprozesse können Menschen und Menschengruppen entfeinden. Sie können ermöglichen, dass Menschen sich verändern. Dass dialogische Begegnungen auch mit Pegida-Gängerinnen möglich sind, erlebte z.B. der frühere Flüchtling und heutiger Gießener Ali Can, der kurz vor Ostern bei der Dresdener Pegida-Demonstration mitlief, um dort mit Menschen ins Gespräch zu kommen und ihnen die Angst vor Fremden zu nehmen.³ Wie gefährlich ein solches Unterfangen sein kann, erfuhr er allerdings auch.

Die Dialogregeln einhalten

Voraussetzung für das Gelingen von Dialogprozessen ist, dass sich die Beteiligten auf den Prozess

2 Michael Bartsch, Schmale Stege über tiefe Gräben, in: Sax 4/16, S. 8-9, vgl.: <https://web.archive.org/web/20160401153427/http://www.cybersax.de/sax/inhalt/>.

3 Vgl. Artikel Warum der Gießener Ali Can bei PEGIDA mitmarschierte, in Gießener Allgemeine, 30.03.2016, auf: http://www.giessener-allgemeine.de/Home/Stadt/Uebersicht/Artikel,-Warum-der-Giessener-Ali-Can-bei-PEGIDA-mitmarschierte-_arid,634899_regid,1_puid,1_pageid,113.html.

einlassen, und noch grundlegender: dass sie sich an die Dialogregeln halten, dass deren Einhaltung von den Moderator/innen des Dialogs nicht nur eingefordert, sondern auch konsequent durchgesetzt wird, dass Stimmungsmache, Wortergreifungen oder unterschwellige Manipulationsversuche – auch in Kleingruppengesprächen der sog. *Thérapie Sociale* – unterbunden werden, dass allen Beteiligten dieselbe Redezeit eingeräumt wird – und zwar zuzüglich der Zeit, die rechte Stimmungsmacher im Publikum zum Ausbuhen derer nutzen, die andere Meinungen vertreten.

Sensibilität, Mut und Durchsetzungsfähigkeit der Moderation

Von der Moderation erfordert dies neben einer wachen Sensibilität für stille Menschen zugleich Mut und große Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dominanten und grenzüberschreitenden Menschen und die Fähigkeit, auch subtile Manipulationsversuche zu durchschauen und offenzulegen. Eine Schulung, die auch rhetorische Manipulationsstrategien erkennen lehrt, ist daher unverzichtbar. Wer selbst in der zugespitzten Dresdener Situation noch gegen die Idee solcher Schulungen ist, muss sich nach der politischen Agenda hinter seinen Begründungen fragen lassen.

Angstfrei, offen, ehrlich

Dialogprozesse leben davon, dass Menschen angstfrei, offen, ehrlich und ganz individuell – jede und jeder für sich selbst – aussprechen können, was sie bewegt. Angstfreiheit jedoch ist nicht gegeben, wenn sich Personen im Raum befinden, die angsteinflößend oder gewalttätig auftreten (letzteres wohl eher außerhalb als innerhalb von kirchlichen Räumen), die auf ihren facebookseiten Menschen diffamieren, ihnen drohen, ihre Namen und Fotos an die Öffentlichkeit und damit bewusst auch an eine gewaltbereite rechtsextreme Szene weitergeben und sie so letztlich mit Leib und Leben bedrohen.

Rechtspopulistische Polit-Akteure erfüllen diese Standards in der Regel nicht

Ein ehrlicher Austausch von Mensch zu Mensch ist nicht möglich, wenn ein Teil der Dialogteilnehmer/innen rechtspopulistische Akteure und neurechte Strategen sind, bereits langjährig meinungs- und stimmungsmachend unterwegs, bereit und geübt darin, die eigenen politischen Ziele auch mit unlauteren rhetorischen Mitteln, von konzertierten Wortergreifungen bis gezielten Fehlinformationen und Falschaussagen, zu verfolgen.

Auch für die Teilnahme an einer *Thérapie Sociale* in solchen Zusammenhängen dürfen und müssen von den Teilnehmer/innen Mindeststandards an Gewaltenthaltung, Vertrauenswürdigkeit und Ehrlichkeit eingefordert werden – das sehen deren Dialogregeln ausdrücklich vor – und Teilnehmende, die sich innerhalb oder außerhalb der Gesprächsforen daran nicht halten, müssen ausgeschlossen werden.

Die Spielregeln der 'Thérapie Sociale'

Schließlich und endlich bedeutet die Umsetzung einer 'Thérapie Sociale' ein kontinuierliches Arbeiten in überschaubaren Gruppen von 10-16 Teilnehmer/innen unter Leitung ausgebildeter und für alle beteiligten Seiten vertrauenswürdiger Personen. Ziele sind u.a. die Förderung Interkultureller Kompetenz und Integration, die Überwindung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die Überwindung von Gewalt und die Stärkung demokratischer Strukturen.⁴ Potenzial könnte die Methode für die schwierige Situation in Dresden und anderswo also durchaus haben – aber nur, wenn sie tatsächlich nach ihren eigenen Spielregeln angewendet wird.

4 Mehr dazu: Kerstin Bunte/Shérif Wouloh Korodowou, *Thérapie Sociale* - ein innovativer Ansatz für gelungenes interkulturelles Zusammenleben in der Kommune, 14. Deutscher Präventionstag 2011: <http://www.praeventionstag.de/nano.cms/vortraege/id/733>.

Dies geschieht aber nicht, wenn sie, wie im vorliegenden Fall, als Großveranstaltung mit über 80 Personen stattfindet, innerhalb derer die Gesprächsdynamik in den Kleingruppen völlig sich selbst – und dadurch letztlich den gut im Saal und in den Gruppen verteilten, rhetorisch geschulten und gezielt politisch agierenden Pegida- und AfD-Kadern – überlassen wird. Auch stellt es die Vertrauens- und Glaubwürdigkeit von fachlicher Leitung und Moderation infrage, wenn es organisatorische Zusammenarbeiten mit explizit rechten politischen Akteuren gibt. Dieser sogenannte 'Bürgerdialog' bildet somit gerade nicht ab, was die *Thérapie Sociale* eigentlich ist, will und kann.

Warum nicht in kirchlichen Räumen?

Natürlich gibt es im Allgemeinen gute Gründe für Dialogveranstaltungen in kirchlichen Räumen. Kirchen sind gebaut für Versammlungen vieler Menschen, Mikrofonanlagen stehen zu Verfügung. In politisch heiklen Zeiten boten Kirchen geschützte Gesprächsräume, nicht zuletzt in der Endphase der DDR. In der aktuellen Dresdener Situation und speziell im Zusammenhang der 'Bürgerdialoge' im Stadtteil Strehlen müssen sich Gemeinden, Pfarrer/innen und Kirchenleitungen allerdings kritisch fragen, ob sie das Heft des Handelns aus der Hand geben – und mehr noch: wem sie es in die Hand geben, wenn sie ihre Räume und ihren Namen für Veranstaltungen zu Verfügung stellen, die von rechten politischen Akteuren und Provokateuren unterwandert sind. Deren Interesse ist es nicht nur, unter verunsicherten Bürgern für ihre Positionen zu werben, sondern auch, selbst ein bürgerlich-rechtschaffenes Image und darüber politische Legitimation zu gewinnen (klassisch neurechte und rechtspopulistische Strategien, die in einschlägigen Medien nachlesbar sind). Auch im wenig christlichen Osten Deutschlands gelingt Letzteres durch nichts besser als indem man sich selbst als 'christlich engagiert' oder 'kirchlich akzeptiert' darstellt. Vor diesen Karren dürfen sich Gemeinden und Kirchenleitungen nicht spannen lassen, denn wo Menschenfeindlichkeit das Wort geredet wird, ist neutral bleiben keine Option für Christen – wie der gleichnamige Offene Brief der Dresdener Theologieprofessor/innen vom 25.2.2016 in aller Klarheit darlegt.⁵

Kein 'Biedermann und die Brandstifter'

Und schließlich: Jedes konstruktiv auf tragfähige Problemlösungen, Konsens und Kompromiss ausgerichtete Gespräch ist zum Scheitern verurteilt, wenn die politische Agenda eines Teils der Akteure nicht weniger zum Ziel hat als eine Revolte anzustacheln – und dafür die starken Emotionen Angst, Unzufriedenheit und Aggression vieler Menschen braucht. Mindestens in Teilen der neurechten Szene, so etwa in der von Götz Kubitschek herausgegebenen Zeitschrift 'Sezession', wird nichts Geringeres offen propagiert. Der in missbräuchlicher Weise viel beschworene Verweis auf 'Widerstand gemäß Art. 20.4 GG' meint nichts anderes. Wer trotz einer solchen politischen Agenda nach 'befriedenden' und seine persönliche Akzeptiertheit erhöhenden Gesprächen mit seinen inhaltlichen Gegnern ruft, will vor allem deren Kritik zum Schweigen zu bringen oder delegitimieren. Und wer naiverweise ein unkritisches, auf vordergründige Befriedung angelegtes Gespräch mit solchen Akteuren einstellt und den Kritikern solcher „Brandstifter“ (Zitat Max Frisch) Nettigkeit, Zurückhaltung oder Stillschweigen abverlangt, macht sich, wie einst Biedermann, zu deren Steigbügelhalter.

5

Fazit

Dialogkonzepte nach Art der *Thérapie Sociale* ersetzen nicht die kontroverse politische Debatte über konkrete Fragen des Zusammenlebens. Und sie erübrigen nicht die politische Auseinandersetzung mit menschen- und demokratiefeindlichen Positionen. Vielmehr bedürfen sie unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die allein einen sinnvollen Rahmen für jeden notwendigen Bürgerdialog bilden kann. Wer, wie die Pegida-Wortführer und andere rechte Aktivisten, seine menschenfeindliche und antidemokratische Stimmungsmache als Widerstand nach Art. 20.4 GG deklariert und damit die demokratische Verfasstheit unseres Staates als Diktatur diffamiert, der delegitimiert sich selbst für den Dialog. Christlichen Gemeinden und allen dialogbereiten Demokraten ist zu wünschen, dass sie das falsche Spiel rechter Aktivisten durchschauen und sich nicht vor den Karren rechter Unterwanderungsversuche spannen lassen, sondern, mit Dietrich Bonhoeffer gesprochen, „dem Rad in die Speichen fallen“.

Zur Autorin: Sonja Angelika Strube, PD Dr., geb. 1968, ist promovierte und habilitierte katholische Theologin mit den Schwerpunkten Biblische und Praktische Theologie. Seit 2011 forscht sie zum Themenbereich "Rechtsextreme Tendenzen in christlichen Milieus", seit 2013 im Rahmen der Forschungsgruppe "Frieden, Religion, Bildung" an der Universität Osnabrück.